

Katerstimmung in Europa

Italiener und Deutsche ziehen ernüchternde Bilanz über den Einigungsprozess

Sinkende Zustimmung der Bürger und schleppende Entscheidungsprozesse in der EU. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages fällt die Bilanz einer deutsch-italienischen Taugung ernüchternd aus.

BETTINA GABBE

Rom. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags haben Politiker und Wissenschaftler aus Deutschland und Italien eine ernüchternde Bilanz des europäischen Einigungsprozess gezogen. Sie waren sich im deutsch-italienischen Zentrum „Villa Vigoni“ am Comer See einig, dass der Lissaboner Grundlagenvertrag bereits jetzt reformbedürftig ist.

Offen blieb die Frage, ob es sich bei den Schwierigkeiten etwa beim Aufbau des gemeinsamen auswärtigen Dienstes um „Kinderkrankheiten des Systems oder Konstruktionsmängel“ handelte. Für Elfriede Regelsberger vom Berliner Institut für Europäische Politik (IEP) spiegeln die Schwierigkeiten der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton mangelnde Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, Kompetenzen abzugeben. Ashton sei von den Ländern schließlich bewusst als „politisches Leichtgewicht“ ausgewählt worden, betonte die stellvertretende IEP-Direktorin als Mitorganisatorin der Konferenz.



Als die Freude über den Lissabon-Vertrag noch groß war: Die Regierungschefs stellen sich nach der Vertragsunterzeichnung zum Gruppenfoto. Foto: dpa

Während Ex-Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer vor dem Hintergrund düsterer Analysen betonte, er gehöre nicht zu den Euro-Pessimisten, erklärte der stellvertretende Präsident der italienischen Abgeordnetenversammlung, Rocco Buttiglione, den Lissabon-Prozess für gescheitert. Es sei nicht gelungen, die Produktivität der Staaten einander anzunähern. Es dürfe jedoch keine Annäherung auf Durchschnittsniveau geben, warnte Tietmeyer daraufhin. Gleichmacherei führe zu einer Zerstörung des Euro. Ein Ende der Gemeinschaftswährung „darf und wird“ es nicht geben.

Um wirtschaftlich schwächeren Ländern wie Italien auf die Beine zu helfen, bedarf es aus Buttigliones Sicht größerer Flexibilität. Sein Land müsse mehr Schulden für Investitionen in die Infrastruktur machen dürfen, damit die Produktivität steige, forderte der Christdemokrat. Für die deutschen Experten führen weder entsprechende Ausnahmen noch eine Rückkehr zum Instrument variabler Wechselkurse zur Stärkung einzelner Volkswirtschaften zum Ziel, die EU-Mitgliedsstaaten fit für den zunehmend harten internationalen Wettbewerb zu machen.

Die sinkende Zustimmung der Bürger zur EU bereitet in Italien und Deutschland gleichermaßen Kopfzerbrechen. Dass die große Mitgliederzahl im Europa der 27 Staaten und die reformierten Entscheidungsprozesse jedem Entwurf nur zwei Prozent Chancen auf Verabschiedung gewähren, verlangsame das Tempo übermäßig, bemängelte Antonio Villafranca vom Mailänder Institut für internationale Politikstudien (ISPO). Wenn die EU nicht in den Strudel der nächsten Wirtschaftskrise der USA geraten wolle, sei sie zu einer „vernünftigen Stabilitätspolitik verdammt“, mahnte der ehemalige deutsche EU-Botschafter in Brüssel, Dietrich von Kyaw. Ebenso wie seine italienischen Gesprächspartner äußerte er sich besorgt über die Tendenz, vermehrt nationale Interessen geltend zu machen, anstatt als „dritte Weltmacht“ gemeinsame Lösungen zu suchen. Dies gelte auch für die Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen. Ein unverhältnismäßig starkes Gewicht legt der Lissabon-Vertrag nach Meinung der Teilnehmer auf „Werte für Gutmenschen“, als ob es nicht auch um die Wahrung von Interessen gehe. Horst Köhler habe als Bundespräsident mit der Behauptung, es gelte auch Wirtschaftsinteressen militärisch durchzusetzen, ein Tabu gebrochen, stellte der Speyerer Rechtswissenschaftler Siegfried Magira fest. Die Empörung über eine solche Selbstverständlichkeit verurteilte er als verlogen.

Quelle: SÜDWEST PRESSE,
Samstag, 8. Januar 2011